



## Inhaltsverzeichnis

### EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

04.07.2025	taz.de: Rückbau von Atomkraftwerk: Mehr Strahlung als erwartet	3
03.07.2025	ZEIT online: Atommüll-Rückholung: Asse-Betreiber stellen Antrag zur Bergung des Atommülls	4
03.07.2025	freiepresse.de: Endlager-Standorte für hoch radioaktiven Atommüll: Sachsens Störungszonen als Streitpunkt	6
04.07.2025	Kölner Stadt-Anzeiger Köln linksrheinisch: NRW kann Castor-Transporte nicht mehr stoppen	8

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



## Rückbau von Atomkraftwerk: Mehr Strahlung als erwartet

4. Juli 2025 07:05 | Medienart: Online | Visits/Monat: 16.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Mehr Strahlung als erwartet Der Rückbau des **Atomkraftwerks** bei Greifswald verzögert sich, die Kosten explodieren: Die Anlage ist stärker kontaminiert als erwartet. 4.7.2025 7:05 Uhr Die Brennstäbe sind weg, die Strahlung bleibt in Lubmin

Berlin taz | Es waren extra Mitglieder des Politbüros der SED und eine sowjetische Delegation angereist, als 1974 der erste Block des „VEB Kernkraftwerk Bruno Leuschner“ nahe Greifswald ans Netz ging: Dem Druckwasserreaktor sollten sieben weitere folgen, die DDR wollte an der Ostsee einen **Atomkomplex** mit insgesamt 3.520 Megawatt Leistung errichten. Doch so weit kam es nicht: Block 6 war 1990 zwar fertig gestellt, wurde aber nicht mehr ans Netz genommen. Im Zuge der Wiedervereinigung wurden alle Reaktoren abgeschaltet.

Seitdem wird zurückgebaut, Ziel ist eine „grüne Wiese“. Doch das erweist sich als ausgesprochen schwierig, wie neue Verzögerungen zeigen: Nicht wie ursprünglich geplant 2028 werden die Arbeiten fertig, sondern erst in den **2040er Jahren**, wie der Geschäftsführer des zuständigen bundeseigenen **Entsorgungswerks für Nuklearanlagen** (EWN) gegenüber dem NDR bestätigte.

Damit wird der Rückbau mehr als viermal so lange dauern, wie die Reaktoren in Betrieb waren. Grund dafür sei eine stärkere radioaktive Kontamination als zunächst vermutet. Zudem hatte der Bund 2022 (EWN) die Mittel gekürzt. 80 Mitarbeiter mussten entlassen werden. Statt der geplanten 6,6 Milliarden Euro werden jetzt Kosten von 10 Milliarden erwartet.

Verzögerungen und damit Kostensteigerungen wie in Lubmin sind kein Einzelfall. Das 2005 vom Netz genommene AKW Obrigheim am Neckar sollte ursprünglich im kommenden Jahr zurückgebaut sein, jetzt heißt es, die Arbeiten könnten Anfang der 2030er Jahre beendet werden.

### In Schleswig-Holstein wurden Server zum Problem

„Die größte Herausforderung beim Rückbau ist die Logistik“, erklärt Jörg Michels, Geschäftsführer der EnBW Kernkraftwerke GmbH. Der Abbau von Systemen, deren Dekontamination und **Entsorgung**, dies sei von den Konzernen auch im Leistungsbetrieb bereits gemacht worden.

„Beim Rückbau fallen aber deutlich größere Massen an“, sagte er dem SWR. In Obrigheim wird kalkuliert, dass 275.000 Tonnen Material anfallen werden.

In Schleswig-Holstein stockt es bei den Zuverlässigkeitsüberprüfungen des Fachpersonals. Grund ist dort eine Serverpanne, wie eine Kleine Anfrage der FDP ergab: Seit April 2024 waren 824 Anträge von den Betreibern der Atomkraftwerke Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf gestellt worden, über lediglich 17 wurden entschieden.

„Seit dem Ausfall des Servers kam es zu Verzögerungen, da der gesicherte Kommunikationsweg mit den abzufragenden Behörden nicht mehr zur Verfügung stand“, erklärt das Energieministerium. Mittlerweile sei das Problem zwar behoben, trotzdem sorgt die Panne für Frust in den Kraftwerken: ohne Mitarbeiter:innen kein Rückbau.

#### AfD verunsichert Betreiber

An den westdeutschen Standorten müssen die Betreiber der AKWs für die Kosten des Rückbaus einstehen, dafür mussten sie entsprechende Rückstellungen bilden. An den ostdeutschen Standorten Lubmin und Rheinsberg ist das aber anders: Hier wird der Rückbau mit Steuergeld finanziert.

Dazu kommen politische Unwägbarkeiten: Die AfD hatte Ende Mai einen Antrag auf ein Moratorium für den Rückbau der AKWs in den Bundestag eingebracht, der die Abschaltung als „energie- und volkswirtschaftlichen Fehler“ bezeichnet und einen Stopp der Arbeiten fordert.

„Der unmittelbar nach der Abschaltung initiierte Rückbau der Kernkraftwerke ist dabei, vollendete Tatsachen zulasten der Energieversorgung Deutschlands zu schaffen“, heißt es zur Begründung. Der Antrag wurde an den Umweltausschuss des Bundestages überwiesen, was die Planungssicherheit bei den Arbeiten nicht erhöht.

---

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 ZEIT online

## Atommüll-Rückholung: Asse-Betreiber stellen Antrag zur Bergung des Atommülls

3. Juli 2025 15:16 | Medienart: Online | Visits/Monat: 74.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Auf dem Weg zur Bergung des radioaktiven Mülls aus der Schachanlage Asse im niedersächsischen Landkreis Wolfenbüttel sind die Betreiber einen konkreten Schritt vorangekommen. Der erste Genehmigungsantrag für die Rückholung der Abfälle sei beim zuständigen Umweltministerium in Hannover eingereicht worden, teilte die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit. Der Antrag sehe unter anderem vor, den Rückholschacht zu errichten und diesen über ein Rückholbergwerk mit dem Bestandsbergwerk zu verbinden.

Mit dem Antrag steige die BGE nun in die Genehmigungsverfahren zur Rückholung ein, sagte Iris Graffunder, Vorsitzende der BGE-Geschäftsführung. Ihr zufolge ist zu berücksichtigen, dass der Antrag noch nicht vollständig ist. Die eingereichte Vorhabensbeschreibung solle in den kommenden Jahren durch konkrete Genehmigungs-, Prüf- und Informationsunterlagen ergänzt werden.

In der Schachanlage liegen in 13 Kammern rund 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen, die in den 60er und 70er Jahren dort eingelagert worden waren. Da die Asse seit Jahren als instabil gilt, sollen die Fässer zurückgeholt werden. Dass dies geschehen muss, ist seit Jahren gesetzlich geregelt. Für die Stilllegung und Räumung ist die Betreibergesellschaft BGE mit Sitz in Peine verantwortlich. Nach jüngsten Plänen soll frühestens 2033 mit der Rückholung der Abfälle begonnen werden.

Umweltminister Christian Meyer freute sich über den Fortschritt. «Darauf hat Niedersachsen und haben die Menschen in der Region lange gedrängt», sagte der Grünen-Politiker. Angesichts der veränderten Wasserzuflüsse in der Asse sei für die prioritäre Rückholung Schnelligkeit geboten. Im vergangenen Jahr hatten die Verantwortlichen darüber informiert, dass das seit langem einsickernde Salzwasser neue, unbekannte Wege nehme, was die Besorgnis von Politik und Experten wachsen ließ.

---

Sachsen

## Endlager-Standorte für hoch radioaktiven Atommüll: Sachsens Störungszonen als Streitpunkt

Dresden/Berlin.

Tektonische Linien werfen Fragen zur Sicherheit auf. Bundesgesellschaft und Landesamt uneins zur Tauglichkeit von vier Bereichen. In Mittelsachsen und Erzgebirge sind noch viele Flächen im Fokus.

Rund ein Drittel der Fläche Sachsens gilt nach wie vor als geeignet, Deutschlands hoch radioaktiven Atommüll dauerhaft aufzunehmen. Konkreter: Unter sich aufzunehmen. Das im Standortauswahlverfahren zu findende Endlager soll sich 300 bis 1500 Meter unter der Erdoberfläche befinden. Dort soll es die 1900 Castor-Behälter mit den atomaren Altlasten aus Deutschlands Kernkraftzeitalter verschließen, auf eine Million Jahre sicher. So lange also, bis die Strahlung der ausgedienten Kernkraft-Brennstäbe wieder auf ein auch in der Natur vorhandenes Strahlungsmaß abgeklungen oder eben für Mensch und Umwelt nicht schädlicher ist.

Die Fläche der als tauglich erachteten Standorte für ein Atommüll-Endlager in Sachsen ist erneut geschrumpft. Allerdings gibt es erstmals unterschiedliche Einschätzungen von Endlagersuchern und Sachsens Landesamt. Bild: Tilo Steiner

Die Fläche der als tauglich erachteten Standorte für ein Atommüll-Endlager in Sachsen ist erneut geschrumpft. Allerdings gibt es erstmals unterschiedliche Einschätzungen von Endlagersuchern und Sachsens Landesamt. Bild: Tilo Steiner

**Erstmals ignorieren die Endlagersucher Hinweise des Landesamtes**  
Bisher war die Bundesgesellschaft für Endlagersuche (BGE) in der Regel Hin-

weisen des sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) gefolgt, wenn dieses von der BGE für tauglich befundene Areale überprüft und wegen in Sachsen verfügbarer Daten vielmehr als nicht geeignet einstufte. Jetzt beißt die Landesbehörde mit ihren Argumenten bei der BGE erstmals auf Granit, so scheint es.

Es geht um vier Teilflächen, die die Endlagersucher der Bundesgesellschaft durchaus für tauglich halten, auch wenn das Landesamt in zwei von ihnen eine tektonische Störungzone ausmacht. Eine solche würde normalerweise von vorn herein ein Ausschlusskriterium darstellen. Würde! Die eine Störungzone verläuft etwa in Nordsüdrichtung von Waldheim aus über die Außenbereiche von Mittweida bis in den Nordosten von Chemnitz. Die zweite Störungzone macht zumindest das Landesamt zwischen Kamenz und Bautzen aus. Von Nordost nach Südwest verlaufend, kreuzt sie unter anderem die Gemeinde Radibor.

In einer Lagerhalle im Zwischenlager Ahaus (NRW) stehen hochradioaktive gelbe CASTOR-Behälter vom Typ THTR, die aus Atomkraftwerken zwischengelagert werden. Bild: Guido Kirchner/dpa

In einer Lagerhalle im Zwischenlager Ahaus (NRW) stehen hochradioaktive gelbe CASTOR-Behälter vom Typ THTR,

die aus Atomkraftwerken zwischengelagert werden. Bild: Guido Kirchner/dpa

Zur jüngsten Versammlung des Nationalen Begleitgremiums für die Endlagersuche wurden diese Störungszonen zum Thema. Das Gremium besteht aus 18 unterschiedlichen Persönlichkeiten, renommierte Wissenschaftler, Vertreter von Umweltorganisationen, Studenten, Handwerker, ehemalige Politiker, die entweder von Bundestag oder Bundesrat nominiert oder in Beteiligungsverfahren berufen wurden. Sie sollen das Auswahlverfahren hinterfragen und gegenüber der Öffentlichkeit transparent machen.

### Störungszonen älter als 34 Millionen Jahre gelten als geeignet

Auf Rückfrage von Gremiumsmitgliedern führte Katrin Kleeberg den Diskurs zwischen ihrer Behörde und der Bundesgesellschaft aus. "Wir haben dort nun mal kein Rupel", erklärte die Frau, die beim Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie den Geologie-Fachbereich leitet. Rupel, kurz für Rupelium bezeichnet das erdgeschichtliche Intervall, das vor knapp 34 Millionen Jahren begann und vor 28,1 Millionen Jahren endete. Störungszonen aus dieser Zeit gelten laut Standortauswahlgesetz als noch aktiv und sind so für den Standort eines Atommüllendlagers ausgeschlossen. Das Gesetz fordert von einem geeigneten Standort, dass eine Hö-

henverschiebung innerhalb eines Jahres weniger als einen Millimeter beträgt. Kein Wunder: Verschiebe sich der Boden mit dem Atommülllager stetig pro Jahr um einen Millimeter, läge das Lager schließlich nach einer Million Jahre dennoch einen ganzen Kilometer höher oder tiefer als ursprünglich. "In den Störungszonen, die wir ausgewiesen haben, kann man an der Oberfläche Versatz bei Gesteinsschichten erkennen", erklärte Katrin Kleeberg. Doch mögen diese Verschiebungen, die im Untergrund stattfanden, eben länger als jene 34 Millionen Jahre her sein. Damit gelten sie als inaktiv. Ob sie das bleiben, sei dahingestellt.

### Mittelsachsen und Erzgebirge bieten viele mögliche Lagerflächen

Neben den beiden Störungszonen gibt es im Landkreis Nordsachsen wie auch an der weiter östlich verlaufenden nördlichen Grenze des Freistaats noch zwei Landstreifen, bei denen die Meinungen von Endlagersuchern der BGE und dem Landesamt auseinandergehen. Der größere Landstrich liegt an der Grenze zu Brandenburg zwischen der Gohrisch-Heide im Westen und der Königsbrücker Heide im Osten. Der Grund für Sachsens Landesamt, die Bereiche auszuschließen, war, dass dort nach seiner Einschätzung gar keine der drei für ein Atommülllager für möglich erachteten Gesteinsarten - Kristallin, Ton oder Salzstein - vorhanden sein dürfte. Das indes will die BGE noch genau überprüfen.

Die drei für tauglich gehaltenen Wirtsgesteinsarten Ton, Salz und Kristallin. Jedes hat seine eigenen Vor- und Nachteile Bild: BGE

Die drei für tauglich gehaltenen Wirtsgesteinsarten Ton, Salz und Kristallin. Jedes hat seine eigenen Vor- und Nachteile Bild: BGE

Neben den behördlich umfochtenen Gebieten sind noch viele Teile Sachsens für ein Atommülllager im Rennen, die neben der BGE auch das Landesamt für plausibel hält. Weite Teile des Kreises Mittelsachsen gehören dazu, das Erzgebirge zwischen Ehrenfriedersdorf und Altenberg sowie weite Teile des Freistaats östlich von Dresden und einzelne Flächen in und um Leipzig herum. (eu)

Wörter:	845	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Jens Eumann	Ausgabe:	Einzelausgabe
Medienkanal:	ONLINE	Visits (VpD):	354.317 <sup>1</sup>
Mediengattung:	Online News	Unique Users (UUpD):	247.000 <sup>2</sup>
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.freipresse.de/nachrichten/sachsen/endlager-standorte-fuer-hoch-radioaktiven-atommuell-sachsens-stoerungszonen-als-streitpunkt-artikel13871128>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 05-2025

<sup>2</sup> gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

## NRW kann Castor-Transporte nicht mehr stoppen

Seit Jahrzehnten wird über den Umgang mit dem Atommüll im Zwischenlager Jülich diskutiert - Großeinsatz soll im Herbst starten

VON GERHARD VOOGT

**Düsseldorf** - Das Material in den 152 Castoren gilt als hochbrisant. Im Atom-Zwischenlager Jülich lagern rund 300.000 Brennelemente-Kugeln, jede so groß wie ein Tennisball. Sie stammen aus dem AVR-Hochtemperaturreaktor des Forschungszentrums. Eine Sicherheitsexpertin behauptet in einem Gutachten, bei einem Unfall könnte die austretende Strahlung in einem Umkreis von 120 Metern absolut tödlich wirken.

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) sieht dagegen kein unbeherrschbares Sicherheitsrisiko und kündigte an, dass die Genehmigung der Castor-Transporte von Jülich ins Zwischenlager Ahaus im Münsterland unmittelbar bevorsteht. Politisch ein Paukenschlag. Die schwarz-grüne Landesregierung hatte sich in ihrem Koalitionsvertrag im Sommer 2022 dazu bekannt, Atom-Transporte möglichst verhindern zu wollen. Wie passt das zusammen?

### Wieso spitzt sich die Lage zu?

In der Anti-AKW-Bewegung und bei den Grünen war der Aufschrei nach der Mitteilung des Bundesamts groß. Landeschef Tim Achtermeyer sagte, die Transporte seien "politisch falsch und gefährlich" und müssten unbedingt verhindert werden. Für die zuständigen Experten im NRW-Wirtschaftsministerium, das von der Grünen Mona Neubaur geführt wird, kam die Nachricht aus Berlin indessen wenig überraschend. Erstens hatte das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster bereits im Dezember 2024 eine Klage der Stadt Ahaus gegen die Einlagerung abgewiesen - und damit den Weg für die Transporte frei gemacht. Zweitens lag der

Entwurf für die Transportgenehmigung des BASE in Düsseldorf seit Monaten vor.

### Warum können die Castoren nicht in Jülich bleiben?

Das Lager besitzt keine Betriebserlaubnis. Weil die Anlage angeblich nicht erdbebensicher war, hatte das NRW-Wirtschaftsministerium als Atomaufsicht im Jahr 2014 (Ministerpräsidentin war damals Hannelore Kraft) eine Räumungsverfügung erlassen - und die gilt bis heute. "Ein Widerruf der Anordnung scheidet rechtlich aus, da der ungenehmigte Zustand weiter fortbesteht", heißt es in einem Sachstandsbericht des NRW-Wirtschaftsministeriums. Im "Rahmen der Behördenbeteiligung" sei man in die Planungen des BASE eingebunden gewesen. Den zuständigen Experten im Ministerium war also lange klar, dass es eine Frage von wenigen Monaten sein würde, bis die Genehmigung kommen würde. Schließlich konnten auch von Seiten des Neubaur-Hauses "weder rechtliche noch fachliche Einwände" gegen eine Transport-Genehmigung vorgetragen werden, heißt es.

### Warum wurde kein Neubau geplant?

Ein Neubau in Jülich stand wegen der Erdbeben-Problematik bis zum Jahr 2022 nicht auf der Agenda und wurde auch später nicht mit Nachdruck verfolgt. Die Errichtung eines modernen Atomlagers würde mindestens zehn Jahre dauern. Und weil die jetzige Lagerung bereits seit 2014 illegal ist, tickt die Uhr.

### Schwarz-Grün spricht sich für einen Neubau aus - was wurde konkret dafür unternommen?

"Wir setzen uns für eine Minimierung von Atomtransporten ein. Im Fall der in Jülich lagernden Brennelemente bedeutet dies, dass wir die Option eines Neubaus eines Zwischenlagers in Jülich vorantreiben." Auf diese Passage hatten sich CDU und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag von Sommer 2022 verständigt. Die Grünen feierten den Punkt als Erfolg, dem damaligen CDU-Chefverhandler Hendrik Wüst fiel die Zustimmung nicht schwer, weil es in seiner münsterländischen Heimat große Bedenken gegen die Einlagerung in Ahaus gibt. Der nicht unmaßgebliche Hinweis auf einen Finanzierungsvorbehalt findet sich im Koalitionsvertrag allerdings nicht. Konkrete Anträge für einen Neubau wurden nie gestellt. Immerhin, so argumentiert das Land, habe man der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) geeignete Flächen zur Errichtung des Neubaus zum Kauf angeboten. Das Bundesforschungsministerium habe die Mittel für den Grundstücksankauf aber nicht bewilligt.

### Warum wurde das Thema Neubau nicht forciert?

Der Haushaltsausschuss im Bundestag entschied am 30. November 2022, auch mit den Stimmen der Grünen: Wenn NRW nicht die Mehrkosten des Neubaus eines Zwischenlagers zahlt, soll die Transportoption verfolgt werden. Während für den Transport (ohne Polizeikosten) 100 Millionen veranschlagt wurden, müssten für einen Neubau rund 500 Millionen Euro aufgebracht werden. Dem Land wurde aufgegeben, die Differenz von 400 Millionen Euro aus dem NRW-Etat zu bezahlen. Ein "Game-Changer", den man zur Kenntnis nahm, ohne eine Aktion daraus abzuleiten. In dem Sachstandspapier heißt es: "Ein Zwischenlagerneubau alleine aus Landesmitteln ist nicht finanzierbar und

bildet die Verantwortlichkeiten nicht sachgerecht ab." Heißt im Klartext: Die Neubau-Perspektive existierte seit drei Jahren nur noch auf dem Papier. SPD-Wirtschaftsexperte André Stinka sagt: Die Landesregierung habe "Nichtstun zur Strategie erklärt" und zeige scheinheilig nach Berlin.

Wie soll der Transport ablaufen?

Um drohende Proteste zu entzerren, werden die 152 Castoren wohl über einen Zeitraum von zwei bis vier Jahren von Jülich nach Ahaus transportiert. In Ahaus baute man bereits zwei Kreisver-

kehre um, um den Spezialfahrzeugen die Durchfahrt zu ermöglichen. Geplant ist, die Schwertransporte nachts auf die Reise zu schicken.

#### Wie bereitet sich die Polizei vor?

Liegt die Transportgenehmigung des BASE vor, benötigt die Polizei rund acht Wochen für die Vorbereitung. In Sicherheitskreisen fürchtet man, dass polizeibekannte militante Klimaschützer auch bei den Anti-Castor-Protesten für Ausschreitungen sorgen könnten.

#### Wie sicher ist das Lager in Ahaus?

Nach den Terrorangriffen im Jahr 2001 wurde die Außenhülle zwar modernisiert. AKW-Gegner glauben aber nicht, dass eine Wandstärke von 75 Zentimetern geeignet ist, um zum Beispiel einen Drohnenangriff zu überstehen. Weil Ahaus - wie Jülich - nicht mehr dem Stand der Technik entspricht, läuft die Genehmigung im Jahr 2036 aus. BUND-Geschäftsführer Jansen: "Dann startet der Atom-Zirkus aufs Neue."

Wörter: 823  
Autor/-in: GERHARD VOOGT  
Seite: 28  
Rubrik: RG  
Seitentitel: Frühausgabe, Spätausgabe  
Medienkanal: PRINT  
Mediengattung: Tageszeitung  
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025  
Ausgabe: Hauptausgabe  
Auflage: 26.255 (gedruckt)<sup>1</sup>  
23.018 (verkauft)<sup>1</sup>  
23.280 (verbreitet)<sup>1</sup>  
Reichweite: 0,16975 (in Mio)<sup>2</sup>

Urheberinformation: (c) M.DuMont Schauberg

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 04/2025

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2024